

► FDP lässt Jamaika-Verhandlungen platzen

Stand: 20. November 2017

Die Zeit war scheinbar reif, das Land vielleicht, die Parteien waren es offenbar nicht. Jamaika ist gescheitert. Am gestrigen Abend platzte die politische Bombe: Es wird im Bund – bis auf Weiteres – keine Koalition aus Grünen, FDP und Union geben. Die FDP hat ausgesprochen, was viele Beobachter im politischen Berlin in den letzten Wochen haben kommen sehen: Es gab letztlich nicht hinreichend Vertrauen und gegenseitige Wertschätzung, um ein tragfähiges Konstrukt zu entwickeln, das realistisch über vier Jahre trägt.

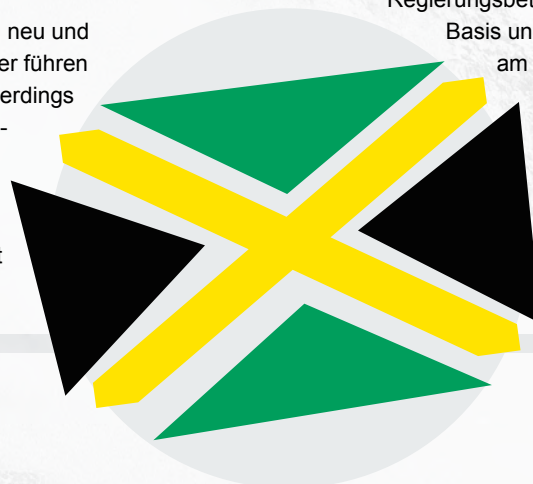
Bis auf wenige Ausnahmen konnte den Akteuren ein tatsächlicher Einigungswille bescheinigt werden. Die Grünen haben im Bereich der Energiepolitik ebenso wie die FDP bei der gewünschten Steuerreform von Herzensanliegen Abstand nehmen müssen. Die Union hat viele Bälle aufgenommen und hat dabei versucht nicht beliebig zu werden. Es galt: Nichts ist geeinigt, bevor alles geeinigt ist. Und als vermeintliche geschlossene Kompromisse wieder in Frage gestellt wurden, hat es am Ende eben doch nicht gereicht.

Die Union sortiert sich vor allem in München neu und kann den internen Richtungsstreit noch weiter führen und vielleicht sogar einfangen. Hierbei ist allerdings längst nicht gesagt, dass mögliche Personalwechsel lediglich in München stattfinden. Eine wichtige Frage ist auch, ob die Union unter einer Bundeskanzlerin Merkel das Abenteuer Neuwahlen angeht und sich nicht in einer neuen Konstellation zur Neuwahl im

Jahr 2018 stellt. Das Misslingen der Sondierungen wird sicher auch der Verhandlungsführung von Bundeskanzlerin und Parteichefin Merkel zugeschrieben werden.

Bei der FDP hat sich die Sorge durchgesetzt, dass das gerade gewonnene Profil verloren geht, bevor die politische Arbeit beginnt. Lindner wollte keine Partei in die Regierung führen, die bereits begann zwischen Grünen und Union zerrieben zu werden. Es bleibt abzuwarten, ob es ihm und seiner FDP gelingt, gestärkt aus diesem Ausstieg hervorzugehen. Die FDP könnte nun mit einem klaren national-liberalen Profil in den erneuten Wahlkampf oder in die Opposition eintreten. Beides sind Möglichkeiten, die die FDP mittelfristig nicht zwangsläufig schwächen. Wenn die FDP dauerhaft den Schwarzen Peter für das Scheitern behält, haben die Verantwortlichen eindeutig zu hoch gepokert.

Die Grünen haben womöglich mittelfristig die Chance auf eine Regierungsbeteiligung verpasst. Der Spagat zwischen Basis und Regierungsverantwortung war potenziell am Größten, dennoch haben die Grünen glaubhaft den Eindruck vermittelt an Kompromissen interessiert zu sein. Ein Scheitern zum jetzigen Zeitpunkt dürfte innerhalb der Grünen erneut zu internen Auseinandersetzungen führen, nach außen haben sie das Platzen Jamaikas nicht zu verantworten.



► Wie geht es weiter? Neuwahl als Ultima Ratio



Minderheitsregierung: Eine Minderheitsregierung auf Bundesebene wäre ein Novum in der Bundesrepublik. Inhaltlich steht die Union näher an der FDP als den Grünen. Die gemeinsame Sondierungs-Niederlage haben die handelnden Akteure von Union und Grüne gestern Nacht ein Stück näher zusammengebracht. Eine Einigung wäre in beiden Konstellationen möglich, die fehlende Mehrheit im Bundestag lässt die Gestaltungsmöglichkeiten der Minderheitsregierung jedoch im Unklaren. Für jeden Gesetzesentwurf müssten Partner gesucht werden. Die Mehrheiten im Bundesrat machen diese Option noch unwahrscheinlicher. Unter anderem in Nordrhein-Westfalen hat es eine solche Konstellation bereits gegeben. Die Regierung arbeitete zwei Jahre erfolgreich – bis sie

vorzeitig scheiterte. Auch Spanien hat Erfahrungen mit einer konservativen Minderheitsregierung. Dass Deutschland sich in Zeiten internationaler Unsicherheit und europäischer Herausforderungen auf eine solch instabile Regierung einlässt, gilt als unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich.

Große Koalition: Die SPD hatte bereits am Wahlabend eine Regierungsbeteiligung ausgeschlossen. Parteichef Martin Schulz hat dies heute noch einmal mit Votum des Parteivorstands bekräftigt. Doch nun haben sich die Umstände geändert: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier will mit allen an den Sondierung beteiligten Parteien sowie den Parteien mit inhaltlichen Schnittmengen (SPD) Gespräche führen. Angesichts des

Scheiterns von Jamaika werden die Rufe nach einer staatspolitischen Verantwortung lauter. Am Ende könnte sich die SPD gezwungen sehen, doch ihre Verantwortung wahrzunehmen, in einer Großen Koalition mit oder ohne Merkel.

Neuwahlen: Ein letzter Ausweg wären Neuwahlen, die Entscheidung hierfür obliegt v.a. dem Bundespräsidenten. Das Verfahren dazu ist nicht einfach und an mehrere Bedingungen geknüpft. Bisherige Umfragen zeigen keine nennenswerten Veränderungen zum Wahlergebnis des 24. Septembers. Die Mehrheitssituation könnte also die gleiche sein, vielleicht könnten Neuwahlen jedoch den Weg zu einer erneuten Großen Koalition ebnen.